

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 4/2006

28. April 2006

Zwei Anlässe des Gedenkens standen diese Woche neben der üblichen Tagesordnung im Nationalrat im Mittelpunkt: die jährliche Feierstunde gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus sowie die 50-jährige Mitgliedschaft Österreichs im Europarat. Daneben wurden auch eine Reihe neuer Gesetzesmaterien beschlossen, von denen ich die wichtigsten hier zusammenfasse.

Voraussetzungen für Schwerarbeitspension nun fixiert

Das bedeutendste Sozialgesetz dieser Plenarwoche betrifft die Schwerarbeiterregelung im Rahmen der Pensionsgesetzgebung. Sie ermöglicht es, dass Schwerarbeiter ab 2007 mit 60 Jahren mit begünstigten Abschlägen von jährlich 1,8 Prozent in Pension gehen können. Voraussetzungen sind, dass 45 Versicherungsjahre vorliegen und während der letzten 20 Jahre vor dem Ruhestand 10 Jahre besonders belastende Tätigkeiten ausgeübt wurden.

Was unter Schwerarbeit zu verstehen ist, regelt eine Verordnung des Sozialministeriums. Sie erfasst Personen, die schwere körperliche Arbeit leisten (Verbrauch von 2.000 Arbeitskalorien bei Männern, 1.400 Arbeitskalorien bei Frauen) bzw. die bei extremen Temperaturen (z.B. in Kühlhäusern) oder unter chemischen bzw. physikalischen Einflüssen (z.B. Arbeit mit Atemschutzgeräten) arbeiten. Auch Schicht- und Wechseldienste werden anerkannt, sofern auch Nachtdienste (zwischen 22 und 6 Uhr an sechs Tagen im Monat) absolviert werden. In sehr belastenden Branchen wie etwa Forstwirtschaft, Bauwirtschaft, Pflegebetreuung oder Landwirtschaft wird die Schwerarbeitsregelung sicher besonders zum Tragen kommen. Auch behinderte Personen profitieren, sofern sie zum Bezug von Pflegegeld ab der Stufe 3 berechtigt sind. Exekutivbeamte müssen die Hälfte der Dienstzeit im Außendienst verbracht haben, anerkannt werden auch Auslandseinsätze von Soldaten.

Nationalrat für EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens

Der Nationalrat hat dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens mit großer Mehrheit zugestimmt. Der zwischen den beiden Ländern und den 25 EU-Mitgliedern abgeschlossene Vertrag sieht den Beitritt mit 1. Jänner 2007 vor, eröffnet aber die Möglichkeit, diesen um ein Jahr zu verschieben, wenn die notwendigen Reformen zu langsam erfolgen. Der Ratifizierungsprozess in Österreich bedarf nach der Zustimmung des Nationalrats auch jener des Bundesrats.

Kostenbeitrag zu Rettungseinsätzen im Ausland

Eine aus meiner Sicht notwendige Maßnahme, um Abenteuer Touristen etwas vorsichtiger zu machen, bildet die Novelle zum Konsulargebührengesetz. Sie sieht vor, dass von österreichischen Touristen, die im Ausland aus einer mutwillig selbst verschuldeten Gefahrensituation gerettet werden, ein Beitrag zu den Rettungskosten verlangt wird. Seine Höhe ist mit 20.000 Euro pro Person begrenzt. Entwicklungshelfer, Journalisten, Katastrophenhilfskräfte und andere Landsleute, die im Ausland einsatzbedingt in Gefahr geraten, sind auch weiterhin zu keinem Rettungskosten-Beitrag verpflichtet..

Fonds-Unterstützung auch für "Herzensösterreicher" im Ausland

Erweitert werden die Unterstützungsmöglichkeiten des so genannten "Auslandsösterreicher-Fonds". Dieser greift im Ausland ansässigen Landsleuten unter die Arme, wenn sie in große finanzielle Not

geraten. Künftig ist es unter besonderen Voraussetzungen möglich, in außerordentlichen Notlagen auch ehemaligen österreichischen Staatsbürgern eine finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen.

Doping soll im Sport keine Chance haben

Klare Regeln im Kampf gegen unerlaubte Hilfsmittel im Sport stellt das neue Anti-Doping-Gesetz auf. Dopingmethoden oder Gendoping sind und bleiben verboten. Eine unabhängige Kontrolleinrichtung wird (so wie die Welt-Anti-Doping-Agentur) jederzeit Kontrollen anordnen können. Bevor disziplinarische Maßnahmen gegen Sportler oder Mannschaften verhängt werden, gibt es ein Anhörungsverfahren. Eine unabhängige Schiedskommission überprüft auf Verlangen der betroffenen Sportler und Mannschaften die verhängten Disziplinarmaßnahmen. Zusätzlich wird die Vergabe von Fördermitteln an Maßnahmen gegen Doping gekoppelt.

Österreich nominiert "SOS Kinderdorf" für Friedensnobelpreis

Der Nationalrat hat sich einstimmig entschieden, "SOS Kinderdorf" für den Friedensnobelpreis 2006 vorzuschlagen. Die in Österreich gegründete Kinderhilfsorganisation betreibt 1.668 Einrichtungen in 132 Ländern. In Österreich gibt es neun Kinderdörfer, eines davon in Pinkafeld.

Parlamentsführungen

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at; wurglits@aon.at). Führungen sind an jedem Werktag und an jedem ersten Samstag im Monat möglich.

Presseaussendungen

Alle Stellungnahmen meinerseits gegenüber der Presse finden sich aktuell auf der Internet-Seite der ÖVP-Bezirksorganisation Güssing (www.oevp-burgenland.at/bb_guessing).

Mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser